

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, frühere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 75.

Dienstag, den 29. März 1904.

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Rußland und Japan.

Der russische Vizeadmiral Makarow in Port Arthur ist, wie er dem Zaren brachtete, am Sonnabend mit den Panzerschiffen, Kreuzern und Torpedobooten ausgelaufen, um eine Rekognoszierung der benachbarten Inseln vorzunehmen. Falls der Admiral nicht ganz gewaltig aufgeschritten hat, würde damit bewiesen sein, daß den Japanern die Sperrung der Einfahrt von Port Arthur, entgegen der mitgetheilten englischen Meldung, bisher noch nicht gelungen ist. Der „Daily Mail“-Korrespondent in Tschifu berichtete seinem Blatte, daß er sich habe nach Port Arthur begeben wollen, um Makarow zu interviewen, auf der Abende von Port Arthur sei der Dampfer, an dessen Bord er sich befand, von zwei russischen Torpedojägern angehalten worden; ein Offizier sei an Bord gekommen und habe die Erlaubnis zur Einfahrt in den Hafen verweigert. Die Schiffsahrt auf dem Viao-Ho ist, nach einer Meldung aus Nanking, wieder eröffnet worden. — Der russische Kriegsminister General Kuropatkin ist nunmehr in Chardin angekommen.

Ein Kriegsberichterstatter meldet aus Tientsin, daß die Japaner heimlich Chinesen als Irreguläre anwerben und ihnen pro Monat 20 Taels als Sold zahlen. Den Werbungen der Japaner wird von der chinesischen Bevölkerung zahlreiche Folge geleistet.

Der beste Fang, den die Japaner in diesem Kriege bisher gemacht haben, ist nach einer Nachricht aus Kopenhagen der Dampfer „Mandschuria“ der ostasiatischen Gesellschaft gewesen. Das Schiff enthielt angeblich 7000 Tonnen Munition für schwere, weittragende Geschütze. Wenn diese Munition Port Arthur erreicht hätte, würden die japanischen Schiffe bei ihren Angriffen auf die russische Festung einen weitentlegten Stand haben, als es bisher der Fall zu sein scheint. Jedenfalls schreibt man das sparsame Schießen der Russen der Wegnahme jener Munition zu. Das gekaperete Schiff war nur noch zwei Tagereisen von Port Arthur entfernt, als es in die Hände der Japaner fiel. Der Wert seiner Ladung wird auf 3 200 000 Mk. angegeben.

Nach Berichten von Offizieren des Freitag in Agier eingetroffenen russischen Linienschiffes „Dschibja“ ist das russische Torpedoboot 221 am 9. d. Mts. auf der Fahrt zwischen Port Said und der Sudabucht bei einem Sturme gesunken. Die Besatzung wurde vollständig gerettet.

## Politische Studien.

Deutschland

Die Stimmungswache für eine neue Flottenvorlage wird mit höchst auffälligem Eifer fortgesetzt, in erster Linie natürlich von den Flotteninteressenten, die Geschäfte machen wollen. Es handelt sich aber bei dieser Agitation bekanntlich gar nicht mehr bloß etwa um die aus der alten Flottenvorlage noch restierenden Auslandschiffe, sondern um die Forderung einer abermaligen starken Vermehrung der Schlachtschiffe unter gleichzeitiger Beschleunigung des Bauteempos, also um eine vollständige Durchbrechung des jetzigen Flottengesetzes. Am auffälligsten in dieser Beziehung ist wohl die Rede, welche am letzten Sonnabend Lübeck's Bürgermeister Dr. Klug bei dem Stapellauf des kleinen Kreuzers „Lübeck“ in Stettin gehalten hat (vergl. auch die weiter unten folgende Notiz: „Das erste Turbinenschiff usw.“). In seiner offiziellen Ansprache forderte Herr Dr. Klug nicht mehr und nicht weniger als „Zuwachs und Ersatz“ über das jetzige Flottenprogramm hinaus, unter Hinweis auf die neuen Weltereignisse. „Denn nicht auf dem Lande allein, sondern auch auf dem Wasser liegt die Entscheidung beim Ringen der Völker. Die neuesten Weltereignisse haben es wiederum unwiderleglich gezeigt. Deutschland muß eine Machtposition zur See, ebenbürtig andern Mächten, gewinnen, in gleicher Weise, wie einst die in dem Hanjaland vereinigten Städte, zu denen auch Stettin gehörte, einer andern Seemacht völlig gemacht waren.“ Und als Herr Dr. Klug dann den Tausch vollzogen, telegraphierte er noch an Wilhelm II. u. a.: „Der Senat und die Bürger Lübeck's sind stolz darauf, daß das Andenken des alten Hauptes der Hanja durch das neue Schiff über das Meer getragen wird. Es knüpft an den Stapellauf den Wunsch, daß unsere Marine der Größe des Reiches und seiner Interessen entsprechend schneller noch als bisher durch Ersatz und Zuwachs erstarken möge.“ — Im Namen der übergroßen Mehrheit der Bürger Lübeck's protestieren wir gegen die Entsetzung des Herrn Dr. Klug.

Er hatte durchaus keine Legitimation zu einem solchen Pronunziamento, denn die übergroße Mehrheit der Lübschen Bevölkerung ist sozialdemokratisch gesinnt, wie die Reichstagswahl ziffernmäßig bewiesen hat, und will von einer neuen Flottenvorlage durchaus nichts wissen. Die Bürger, in deren Namen angeblich Herr Dr. Klug gesprochen hat, stellen nur eine verhältnismäßig geringe Zahl dar, so daß seine Aufforderung zur Durchbrechung des Flottengesetzes lediglich geeignet erscheint, die öffentliche Meinung über die Flottenstimmung in Lübeck direkt irre zu führen. Schon im Hinblick auf die finanzielle Lage Lübeck's und die im höchsten Grade angespannte Steuerkraft seiner Bewohner hätte sich übrigens Herr Dr. Klug hätten sollen, für neue Flottenforderungen einzutreten, die das deutsche Volk mit neuen Milliarden belasten müssen.

Eine sensationelle Wendung hat der von uns in der heutigen Beilage unseres Blattes erörterte Prozeß gegen den „Gornoslazak“ genommen. Kardinal Fürstbischof Kopp in Breslau, als Kläger, hat den Strafantrag zurückgezogen und das Verurtheilte ist daraufhin eingestellt worden. Aus Beuthen wird darüber gemeldet: Als Sonnabend die Verhandlung gegen den Redakteur der „Gornoslazak“, v. Wolski, wieder aufgenommen werden sollte — Freitag hatte wegen eines katholischen Feiertags keine Sitzung stattgefunden — teilte der Vorsitzende mit, vom Kardinal-Fürstbischof Kopp sei folgendes Telegramm eingegangen: „Ich ziehe in meinem Namen und im Namen des mir unterstellten Klerus den Strafantrag gegen von Wolski in allen seinen Theilen zurück und bitte um Einstellung des Verfahrens.“ Der Verteidiger teilte mit, der Strafantrag sei durch Vermittelung des Generalvikars Amtsrats Duchmann zurückgezogen worden. In dieser Angelegenheit hat sich im Interesse des Friedens der Abg. Rosfantschewski, nachdem der „Gornoslazak“ sich bereit erklärt habe, die Erklärung zu veröffentlichen, er habe eingesehen, daß die in dem inkriminierten Artikel enthaltenen Behauptungen sich nicht in allen Punkten, insbesondere nicht, soweit sie auf die Person des Kardinals Fürstbischofs Kopp sich beziehen, aufrecht erhalten lassen. Kardinal Kopp habe sich bereit erklärt, auch den Strafantrag gegen Komalkoff zurückzuziehen, wenn der „Gornoslazak“ eine Erklärung veröffentlichen würde, daß er sich geirrt und sich überzeugt habe, daß keinerlei Abmachungen zwischen dem Fürstbischof und der Kirchenbehörde einerseits und den Staatsbehörden andererseits bei der Prüfung und Anstellung der Geistlichen bestanden. Nach einer kurzen Erklärung des Staatsanwalts verurtheilte der Vorsitzende, daß der Gerichtshof nach erfolgter Zurückziehung des Strafantrages die Einstellung des Verfahrens beschloß und Kardinal Kopp die Kosten des Verfahrens aufzulegen habe. Der moralischen Niederlage, die der oberösterreichische Klerus in diesem Prozeß erlitten hat, ist nun auch die formelle Niederlage gefolgt. Im übrigen ist der Prozeß dankenswerth als Beweis für den religiösen Fortschritt, den der katholische Klerus Oesterreichens aus politischen Gründen ausübt.

Die Kaufherren gegen die Handlungsgehilfen. Der deutsche Handelstag, der dieser Tage in Berlin verammelt war, nahm zu dem Gesetzentwurf betr. die Kaufmannsgerichte eine Resolution an, in der die Angliederung der Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte und für die Wahl der Richter ein Verfahren ähnlich dem für die Verfassung der Schöffengerichte geltenden gefordert wird. Streitigkeiten aus der Konkurrenzklause sollen nur dann zur Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte gehören, wenn beide Parteien es beantragen — Derart gestaltete Kaufmannsgerichte würden den Interessen der Kaufherren zweifellos weitgehend Rechnung tragen. Aber diese Gerichte werden doch nicht gefordert im Interesse der Prinzipale, sondern zum Schutz der Gehilfen, und hierauf muß bei der Gestaltung der neuen Institute Rücksicht genommen werden. Würden die Richter berufen nach der Art, wie die Schöffengerichte berufen werden, so ginge den Handlungsgehilfen jeder Einfluß auf die Zusammenfassung der Gerichte verloren. Der Beschluß des Handelstags zeigt wieder recht deutlich, was wir längst wußten, was die Mehrheit der Handlungsgehilfen aber immer noch nicht zugeben will: daß auch im Handelsgewerbe der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit bereits scharf ausgeprägt ist.

Mit den neuen Handelsverträgen beschäftigte sich Sonntag in Berlin eine zahlreiche besuchte Versammlung des Zentralverbandes von Vereinen deutscher Holzinteressenten unter dem Vorsitz von Louis Brümann-Dortmund. Es wurde beschlossen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Uebergangsfrist von den alten zu den neuen Handelsverträgen tunlichst auf ein Jahr, jedenfalls aber so lange zu bemessen, daß Handel und Industrie, insbesondere auch das Holzgewerbe, angemessen auf die neuen Verhältnisse sich einrichten und alte Verträge abwickeln können. Dr. Bremer-Düsseldorf berichtete darauf vertraulich über das amtliche Warenverzeichnis zum Zolltarif. In eingehenden Verhand-

lungen wurden hierüber ebenso einstimmige Beschlüsse erzielt, wie über die Feuerversicherung, den Gesetzentwurf betreffend den Versicherungsvertrag, deutsche Formulare für Käufer ausländischer Holz, Gegenstände, die die Versammlung in mehrtägiger Beratung beschäftigten.

„Würdigere Objekte“. Die Zuchthaus Opfer von Löttau wurden dieser Tage in der sächsischen Kammer erwähnt. Der freisinnige Abgeordnete Günther-Plauen regte ihre Begnadigung an und sagte: „Das sogenannte Löttau Urteil wurde seinerzeit nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch in anderen Bevölkerungsschichten mit Schrecken und Bestürzung aufgenommen. Daß sich die damaligen Angeklagten strafbar gemacht haben, bestreitet niemand, aber ein Strafmaß von zehn Jahren Zuchthaus hatte niemand erwartet. Beim Löttau Fall konnte allerdings ein Menschenleben in Gefahr kommen, aber durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank sind zahlreiche Existenzen vernichtet und einzelne Personen zum Selbstmord getrieben worden. Vergleiche man die in beiden Fällen erlassenen Strafen, werde man kein Verständnis für solche Urteile im Volke finden.“ Die Kammer hätte nicht — sächlich sein müssen, wenn sie der Muregung sich angeschlossen. Abgeordneter Günther blieb allein! Und der antisemitische Abgeordnete Ulrich antwortete, es habe seinerzeit Leute gegeben, die nicht über das Urteil, sondern über die Bestialität der Verurteilten entrüstet gewesen seien; es gebe doch wohl würdigere Objekte, die man der Gnade des Königs empfehlen könne. „Würdigere Objekte“ sind natürlich Duellanten, gewissenlose Unternehmer, Bankspitzbuben u. s. w., die immer die beste Aussicht auf Begnadigung haben.

Der notleidende Agrarier und die notleidende Schule. In dem Dorfe Bodschlagen bei Nordhaußen setzen die Bauern unter dem Druck übermäßig hoher Schullasten und beklagen sich bitter darüber, daß man es durch eine merkwürdige Abgrenzung des Schulbezirkes so eingerichtet habe, daß die fünf benachbarten Mitterquies sizer zu den Schullasten garnicht oder doch nur mit unerheblichen Beiträgen herangezogen werden können. Neulich fand nun eine Versammlung der Mitglieder des Schulbezirkes statt, und dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Freiherrn Ferdinand v. Minnigerode und dem Vorsitzenden Pfarrer Fabermann. Frhr. v. Minnigerode erklärte nach der „Nordhäuser Zeitung“: es werde über die hohen Schulsteuern geschrieben; aber die kgl. Regierung habe dem Schulverbande im vorigen Sommer eine Beihilfe von 3000 Mark angeboten, und der Vorsitzende habe ohne Befragung des Schulvorstandes diese Beihilfe mit der Begründung abgelehnt, daß der Schulverband sie nicht nötig habe; der Vorsitzende müsse wegen dieser Ablehnung regresspflichtig gemacht werden. Pfarrer Fabermann bezeichnete diese Behauptung als eine unerhörte Verdächtigung und führte aus: Es sei allerdings eine solche Beihilfe in Frage gekommen, aber es sei die Bedingung daran geknüpft gewesen, daß sie den Mitgliedern des Schulverbandes nur nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer zugute kommen solle. Es würde demnach der Freiherr Ferdinand von Minnigerode über 2000 Mark bekommen haben und diejenigen Mitglieder des Schulverbandes, die keinen Grundbesitz hätten und nur von ihrer Einkommensteuer zu den Schulsteuern beitragen, würden von der Beihilfe nichts bekommen haben. — Das also ist des Wabets Kern! Für den Herrn Baron alles und für die Bauern nichts. Sehr schön! Und das allerschönste dabei ist, daß dieser Herr Baron und die anderen Gutsbesitzer während der neun Jahre des Bestehens des Schulverbandes nur 27 — sage und schreibe siebenundzwanzig Mark — für die Unterhaltung der Schulgebäude beigetragen haben! Ein hübscher Beitrag zu dem Kapitel von der Interessengemeinschaft zwischen Bruder Bauer und Bruder Junker!

Wie zuweilen auf dem Lande gewählt wird, dafür liefert eine Erklärung des Lehrers in dem Dorfe Steinwiesen, zum vierten oberösterreichischen Wahlkreise Kronach, Lichtenfels gehörig, einen charakteristischen Beitrag. Der Lehrer jungerte, so schreibt man der „Frankf. Ztg.“, bei der letzten Reichstagswahl als Protokollführer. Am Tage der Wahl, so erklärt er in einem Lokalblatte, stellte der Bürgermeister als Wahlvorsteher das Ansuchen, in die Wählerliste noch einen Namen einzutragen. Der Lehrer lehnte das pflichtgemäß ab. Nun forderte ihn der Bürgermeister auf, einen geeigneten Namen, dessen Träger „voraussetzlich kaum“ zur Wahl kommen würde, durch Ausradieren in den gewünschten Namen abzuändern. Auch das lehnte der Lehrer ab. Dann verlangte der Bürgermeister kurz vor Beginn der Wahl, der Lehrer solle wenigstens, wenn sein Schilling zur Abgabe eines Zettels erscheine, scheinbar in der Wählerliste den Namen der erfolgten Stimmabgabe machen; er, der Bürgermeister, werde als Wahlvorsteher den Zettel unter die Wahlurne legen, um ihn später heimlich zurückwinden zu lassen. Daraufhin legte der Lehrer das Amt des Protokollführers nieder. In dem Wahlkreise ist der Bezirksabgeordnete







Klerikale Wahlpolitik vor Gericht.

Vor der Strafkammer in Beuthen (Oberschlesien) wird seit einigen Tagen ein Prozeß verhandelt, welcher scharfe Schlaglichter wirft auf die politischen und die kulturellen Zustände in Oberschlesien.

Im gegenwärtigen Prozeß handelt es sich um eine Verleumdung des Fürstbischöflichen von Breslau, Kardinals Köpp, deren sich der verantwortliche Redakteur des „Gornos lasaz“, v. Bolzki, schuldig gemacht haben soll.

Nach einer längeren Diskussion zwischen Staatsanwalt und Verteidigung über den Umfang der Zeugenvernehmung wurden am Mittwoch zunächst einige Geistliche aus der Diözese vernommen.

Arbeiter Langer: Als er einmal zur Beichte kam, habe der Geistliche zu ihm gesagt: Gehen Sie aus der Kirche, Sie sind Sozialdemokrat.

Bergmann Wischke (Boguski): Eines Sonntags haben in der Kirche ja nur unter dem Chor Leute gestanden. Da habe der Geistliche gesagt: Kommt doch näher, Ihr seid lauter Korfanti.

Kaufmann Karl Jagodzinski (Oppeln): Der Geistliche habe ihm nur unter der Bedingung Absolution erteilt, daß er das Versprechen gab, die „Gazette opolska“ nicht mehr zu lesen.

Tischlermeister Wogowski: Er habe dem Geistlichen das Versprechen geben müssen, daß er nicht mehr die „Gazette opolska“ lesen werde.

Hausbesitzer Małpa (Oppeln): Der Kaplan habe ihm die Absolution nicht geben wollen, da er Leser der „Gazette opolska“ war.

Arbeiter Wiszka (Schoppitz): Als er vor einigen Monaten zur Beichte kam, habe der Kaplan gesagt: Alle, die den „Gornoslasaz“ lesen, müssen sich aus der Kirche entfernen.

So ging das endlos fort. Aber nicht bloß gegen diejenigen, welche radikalpolitischer Bestrebungen verdächtig waren, richtete sich der Born der Geistlichen, sondern auch andere „Sünder“ wurden bestraft.

Unter allgemeiner Spannung wurde danach der Reichs- und Landtagsabgeordnete Korfanti als Zeuge in den Saal gerufen.

Arbeiter Vanger: Als er einmal zur Beichte kam, habe der Geistliche zu ihm gesagt: Gehen Sie aus der Kirche, Sie sind Sozialdemokrat.

Kaufmann Karl Jagodzinski (Oppeln): Der Geistliche habe ihm nur unter der Bedingung Absolution erteilt, daß er das Versprechen gab, die „Gazette opolska“ nicht mehr zu lesen.

Tischlermeister Wogowski: Er habe dem Geistlichen das Versprechen geben müssen, daß er nicht mehr die „Gazette opolska“ lesen werde.

Eine lebhaft bewegte Szene von dramatischer Spannung entwickelte sich, als Korfanti auf eine Frage des Staatsanwalts, ob er nicht selbst einmal habe Geistliche werden wollen.

Korfanti: Ich verweigere die Antwort. — Vors.: Das können Sie nicht; wenn Sie bei Ihrer Auffassung beharren, muß ich Sie auf die strafrechtlichen Folgen aufmerksam machen.

Staatssanwalt: Ich erkläre mich damit einverstanden. — Staatsanwalt: Ist es richtig, daß Sie mit den Sozialdemokraten partiiert haben?

Nun trat wieder eine Reihe von Zeugen auf, die beteuerten, daß die Geistlichen im Beichtstuhl eifrigst bestrebt gewesen sind, dem „Gornoslasaz“ die Abonnenten abzutreiben.

Ein weiterer Zeuge war Stellenbesitzer Kulisch (Borowo): Pfarrer Böhm sagte: Wer zur Kirche hält, darf nur die „Gazette katolicka“ lesen.

Maurer Proffilla: Sein Schwiegervater sei schwer krank gewesen. Er habe sich dem Geistlichen rufen lassen.

„Hans, schäme dich, so etwas zu sagen“, tadelte die Mutter, „es war ein Selbstmörder.“

„Ja, nicht Hans, aber wir wissen nicht, was ihn dazu getrieben, und ob wir nicht in ähnlichen Verhältnissen auch so gehandelt haben würden.“

„Ein wahrer Christ wird nie Hand an sich selber legen“, sagte die Mutter, „denn sein Glaube und die heilige Schrift hindern ihn daran.“

„Neben mir nicht weiter davon, Mutter“, wehrte Hans ab, „unsere Meinungen weichen da zu weit auseinander, und ich möchte Dir nicht wehe tun oder Deine Gefühle verletzen.“

„Ich weiß nicht, Hans“, sagte der junge Graf; „einmal war ich mit Hauptmann Dürrbeck kaum oberflächlich bekannt, und dann muß ich Dir auch aufrichtig gestehen, bin ich kein besonderer Freund von solchen Demonstrationen.“

„Gut, wie Du willst!“ sagte Hans ruhig; „es ist ja auch nur ein vollkommen freiwilliger Zug, der sich anschließt und jemanden, der nicht mit Herz und Seele dabei wäre, könnten wir deshalb nicht gebrauchen.“

Die Nacht war eingebrochen; ein feiner, unangenehmer Regen sprühte auf die Erde nieder, und die Straßen von Hopdenburg hatten sich geleert.

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

90. Fortsetzung.

Hans war ans Fenster getreten und sah hinaus; er war vollkommen mit seinen eigenen Gedanken beschäftigt und wurde nur erst wieder zur Gegenwart zurückgerufen.

Junge Damen haben überhaupt — besonders in Gegenwart von jungen Herren — die etwas fatale Angewohnheit, sich einander abzuhören, als ob sie Abhörer für ein ganzes Leben wären.

Der Wagen der Eltern fuhr ebenfalls in diesem Augenblick vor, und bald darauf wurde zum Diner geläutet.

Nur Hans blieb einsilbig; er möchte sich wohl manchmal hinein, aber es geschah nicht mit fröhlichem, leichtem Herzen, und da er das selber fühlte, ließ er auch die Anderen kalt.

aus, daß Du einen andern Menschen anziehst, denn den morgenden Tag soll uns kein Misanthrop verderben.

„Mein lieber Papa,“ sagte Hans, „sei mir nicht böie, ich gestehe ein, daß ich heute den Kopf voll von einer Masse trockener Gesichtspunkte hatte.“

„Dopp!“ rief der alte Herr und hob sein Glas gegen ihn. „Das soll ein Wort sein, und dann vergebe ich Dir auch von Herzen gern all die finsternen Gesichtspunkte.“

„Ja, das hast Du, Hans“, befähigte auch die Mutter, „und das arme Fränzchen hat mir schon deshalb ein paar Mal ihr Leid geklagt.“

„Gut also, das ist abgemacht!“ rief Hans. — „Aber wie ist es, Rauten, gehst Du morgen früh mit zur Beichte?“

„Du, Hans?“ rief die Mutter erschreckt; „aber mit solchen Dingen solltest Du Dich nicht befassen.“

„Mein, Mama, da hast Du Recht,“ sagte Hans bitter, und er wagte in diesem Augenblicke nicht, Rauten anzusehen, denn er würde sich im Nu verraten haben.

